



PRESSEMITTEILUNG

BAG W-Bundestagung 2022 beginnt in Berlin

Dienste und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sind systemrelevant/ Nationaler Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bundesweit befürwortet

Berlin, 2. März 2022

In Berlin startet heute die Bundestagung 2022 der BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), des Dachverbandes der Wohnungslosenhilfe in Deutschland. An der dreitägigen Veranstaltung beteiligen sich knapp 1.000 Teilnehmende und Mitwirkende.

Besonders wichtig ist für die BAG W, dass Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Katja Kipping, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Berlin sowie Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster dabei sein und sich an den Diskussionen beteiligen werden.

„Für uns ist das ein klares Signal dafür, dass die Politik die Bedeutsamkeit dieses gesellschaftlich tiefgreifenden Problems erkannt hat und mit uns zu konkreten Maßnahmen der Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit das Gespräch sucht“, so Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAG W.

Im November 2021 hat die Bundesregierung den schon lange von der BAG W geforderten Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit im Koalitionsvertrag aufgegriffen. Für die konkrete Ausgestaltung der nächsten politischen Schritte bietet die BAG W den Entscheidern nun ihre Expertise an.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sagt:

*„Wir arbeiten dafür, die Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Dazu haben sich alle Koalitionspartner dieser Bundesregierung auf einen Nationalen Aktionsplan festgelegt. Mein Haus wird den Prozess hierzu koordinieren. Dafür werden wir eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einrichten und ein nationales Forum gründen, das alle wichtigen Entscheider*innen verantwortlich einbezieht. Wir hoffen dabei auf die tatkräftige Unterstützung der 16 Landesregierungen. Menschen ohne Obdach sind schutzlos. Sie haben einen Namen, eine Geschichte und unserer Gesellschaft etwas zu geben. Es ist höchste Zeit, für sie das Menschenrecht auf Wohnen zu erfüllen. Jetzt werden wir zügig erste Schritte und Vorhaben angehen.“*

Auch die deutschen Städte hoffen auf Unterstützung bei der Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dazu Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster:

„Wohnungslosigkeit ist ein ernstes soziales Problem. Jeder Mensch braucht einen Platz zum Wohnen. Wer die Wohnung verliert, hat mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen zu kämpfen. Den Menschen, denen Wohnungslosigkeit droht, helfen die Städte präventiv. Kommt diese Hilfe aber zu spät, unterstützen sie dabei, wieder ein Zuhause zu finden und die Folgen von Wohnungslosigkeit abzumildern. Die Städte arbeiten mit Hochdruck daran, dass preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird. Die Bundesregierung muss rasch ihren geplanten Nationalen Aktionsplan vorlegen. Sie muss darin wirksame Maßnahmen vorsehen, um Wohnungslosigkeit stärker zu bekämpfen und die Situation am Wohnungsmarkt grundlegend zu verbessern.“

Katja Kipping, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin, sagt:

„Die Wohnungsfrage bleibt eine der zentralen sozialen Herausforderungen für die Zukunft. Der sich in den letzten Jahren erheblich verschärfende Wohnungsmarkt und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben die Handlungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt. Der Berliner Senat hat hierzu einen Masterplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 in seine Richtlinien der Regierungspolitik aufgenommen. Das Prinzip Housing First (Zuerst eine Wohnung!) ist dafür ein wichtiges Instrument, das in Berlin und in anderen Städten und Ländern seit einigen Jahren erfolgreich erprobt wird. Ich möchte, dass Housing First vom Modellvorhaben, zum Regelangebot und darüber hinaus zum Leitmotiv der Wohnungslosenhilfepolitik wird.“

Blickt man auf die Ergebnisse der aktuellen Schätzung der BAG W, zeigt sich ein erneuter Anstieg der Zahl wohnungsloser Menschen. So lebten 2020 ca. 45.000 Menschen im Laufe eines Jahres ohne jede Unterkunft auf der Straße. Im Jahr 2018 waren es etwa 41.000.

Auch die Jahresgesamtzahl wohnungsloser Menschen im Wohnungslosensektor hat sich von 237.000 Menschen im Jahr 2018 auf 256.000 im Jahr 2020 erhöht, das ist ein Gesamtanstieg von 8 Prozent.

Werena Rosenke: „Wohnungslosigkeit wird zu einem immer gewichtigeren Thema. Es ist nicht nur die Corona-Pandemie, die die Lebenslage der Menschen in Wohnungsnot nochmals verschlechtert. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ganz aktuell die weltpolitischen Entwicklungen könnten es den Betroffenen noch schwerer machen, aus ihrer Situation herauszukommen – wenn nicht gehandelt wird. Deshalb ist es dringend notwendig, den Nationalen Aktionsplan in Gang zu setzen. Wir stehen für Gespräche mit der Politik bereit.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Daniela Wegner, Fachreferentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, (030) 284 4537-22,
Mobilnummer: 0151-16 70 03 03, E-Mail: danielawegner@bagw.de